



Windkraft kontra Braunkohle: Nach der Sommerpause wird die Bundesregierung ihr Energiekonzept vorstellen. Noch überlagert der Streit über die Atomkraft die Debatte.

Foto: dpa

# Wie grün wird Deutschlands Zukunft?

**BERLIN** Die Regierung plant die Umstellung auf erneuerbare Energien, doch vor allem die Versorger leisten Widerstand

Von Georg Ismar und Marc-Oliver Riegen

Robert Röttgen gibt sich ganz entspannt. Der Bundesumweltminister hofft wenige Wochen vor der Vorstellung des Energiekonzepts, die Kritiker positiv zu überraschen. „Öffentlich wird derzeit fast nur das Thema Kernenergie wahrgenommen“, sagt der CDU-Politiker, der Deutschland grüner machen will. Für ihn liegt die Substanz an ganz anderer Stelle: „Das Herzstück des Energiekonzepts ist: Wie fördern wir die erneuerbaren Energien?“ Viele Fragen sind dennoch offen. Röttgen muss sich mit FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle einigen. Der Streit könnte Schwarz-Gelb einen heißen Herbst bescheren.



Zukunft der Energie

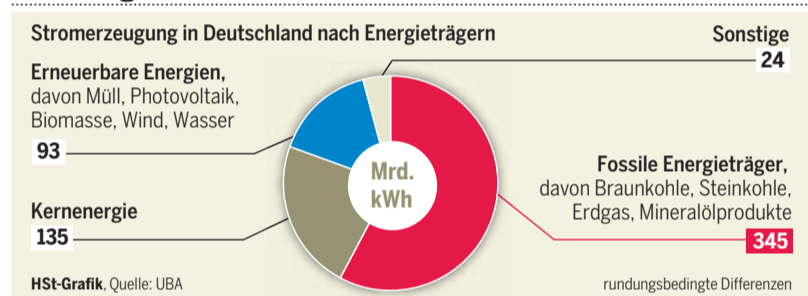
**Problem 1:** Es bleibt die Frage, ob Atomkraftwerke überhaupt länger laufen müssen. Durch den langen Stillstand von Meilern wie Krümmel und Brunsbüttel ist jetzt schon klar, dass nach dem noch gültigen rot-grünen Ausstiegsbeschluss der letzte Meiler mindestens 2025 vom Netz gehen würde. Derzeit werden mehrere Szenarien

errechnet mit ihren Auswirkungen auf die erneuerbaren Energien. Der noch gültige Atomausstieg ist als „Null-Szenario“ dabei. Letztlich soll der genaue Energiemix prognostiziert werden. Weiterer Hemmschuh für längere Laufzeiten ist die erwartete Umgehung des Bundesrats: SPD und Grüne haben für diesen Fall Klagen vor dem Verfassungsgericht angekündigt.

**Problem 2:** Es gibt auch noch Kohle. 2009 wurden 42,8 Prozent des Stroms aus diesem Rohstoff gewonnen, der aber bei Verbrennung Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) freisetzt und Deutschlands Klimaziele gefährden könnte. Konzerne wie Vattenfall investieren Milliarden in die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Abtrennung bei der Kohleverbrennung. Fließt zu viel Atom- und Kohlestrom, behindert das Wind- oder Sonnenenergie. Und gerade die Stadtwerke in vielen Kommunen haben in regionale, grüne Energiegewinnungsformen investiert. Sie hatten sich zu sehr auf den Atomausstiegsbeschluss aus dem Jahr 2000 verlassen.

**Problem 3:** Der Öko-Stromanteil wächst schneller als erwartet – gerade bei Wind- und Solarener-

## ■ Energiemix 2009



gie. Der Anteil von Öko-Strom könnte nach einer Prognose der Regierung bis 2020 bereits von etwa 16 auf 38,6 Prozent steigen. Den Boom der Erneuerbaren hat der Bund möglicherweise ungewollt beschleunigt: Durch die Ankündigung des Rotstifts bei der Solarförderung kam es zum enormen Zuwachs bei Photovoltaikanlagen. In der Branche wird allein für Juni von einer Größenordnung gesprochen, die 845 000 Haushalte mit Strom versorgen könnte.

**Problem 4:** Wenn es weniger stürmt oder bedeckt ist, gibt es weniger Strom aus Wind und Sonne. Vor allem deshalb sollen nach dem Wunsch vieler Koalitionspolitiker Atom- und Kohlekraftwerke länger am Netz bleiben, obwohl so mit zu viel Strom zu rechnen ist. Bereits im ersten Quartal 2010 gab es einen

großen Überschuss. Atom- und Kohlekraftwerke sind wenig flexibel und für Dauerbetrieb ausgelegt. Technisch wäre es kaum möglich, sie bei Überkapazität abzuschalten.

Das Umweltministerium setzt auf die Entwicklung „intelligenter“ Stromnetze und Speichermöglichkeiten für überschüssige Energie aus Öko-Quellen. In der „Regenerativen Modellregion Harz“ wird versucht, den Landkreis rund um die Uhr und bei jedem Wetter mit erneuerbarem Strom zu versorgen. Ein virtuelles Kraftwerk vernetzt Wind- und Solarenergie, Biogas und ein Pumpspeicher-Kraftwerk. Ob das Modell Zukunft hat, wird geprüft.

**Markenzeichen** Fest steht: Röttgen setzt wie Vorgänger Sigmar Gabriel (SPD) darauf, dass die grüne Indus-

trie zu einem neuen Markenzeichen „Made in Germany“ werden kann. 300 000 Menschen arbeiten bereits in der Erneuerbaren-Energie-Branche. Das Ziel der Koalition ist: Von Atom und Kohle zu Sonne, Strom und Wind. Für die stärkere Förderung von Öko-Energien muss aber die Wirtschaft mit ins Boot geholt werden, für die längere Atom-Laufzeiten äußerst lukrativ sind.

**Konflikt** Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hält bis 2050 eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien für möglich. Die Regierungsberater betonen aber auch: „In einer Versorgungsstrategie auf der Basis von Kohlekraftwerken und Kernkraftwerken müsste der Anteil der regenerativen Energiequellen deutlich begrenzt werden, wenn diese Grundlastkraftwerke ökonomisch sinnvoll betrieben werden sollen.“ Dieser Systemkonflikt ist einer der spannendsten Punkte, auf den Röttgen und Brüderle mit dem Energiekonzept eine Antwort finden müssen.

**i Serie Zukunft der Energie** In einer mehrteiligen Serie beleuchten wir in den nächsten Wochen die Entwicklung in der Energiepolitik.

## Anwalt der Kleinen lebt auf großem Fuß

Druck auf den Linken-Chef Klaus Ernst wächst

Von Kathrin Feulner

**BERLIN** Die Debatte um den Vorsitzenden der Linken, Klaus Ernst, reißt nicht ab. Während die Berliner Staatsanwaltschaft prüft, ob der Abgeordnete zu Unrecht Reisekosten über die Bundestagsverwaltung abgerechnet hat, gerät er auch wegen seiner Bezüge immer stärker unter Beschuss: Neben den Bundestagsdiäten in Höhe von 7668 Euro erhält Ernst 3500 Euro von der Partei und 1913 Euro aus der Fraktionskasse.

**Verteidigt** Zu raffigierig für einen Linken-Politiker? Ernst selbst weist die Kritik an seinen Mehrfacheinkünften zurück: „Die Regelung galt genauso für meine Vorgänger. Im Übrigen habe ich mein Arbeitsverhältnis bei der IG Metall für mein neues Amt unwiderruflich aufgegeben.“ Auch Linke-Co-Chefin Gesine Lötzsch, die das Amt allerdings ehrenamtlich ausübt und freiwillig auf die 3500 Euro extra verzichtet, nahm Ernst in Schutz. Die Zulagen seien per Beschluss eindeutig geregelt, sagte sie. Auch was die umstrittenen Reisekosten angeht, hat die Linke-Spitze ihrem Vorsitzenden den Rücken gestärkt. Die Vorwürfe müssten möglichst zügig geklärt werden, sagte Lötzsch, stellte zugleich aber klar, dass Ernst sich „mit keinem Cent persönlich bereichert“ habe.



Klaus Ernst

Foto: dpa

**Andere Parteien** Ob und wie viel Geld es für den Vorsitz gibt, kann jede Partei selbst entscheiden:

**SPD:** Bei den Sozialdemokraten bekommt der Parteivorsitzende eine Aufwandsentschädigung, sofern er nicht gleichzeitig Bundeskanzler, Bundesminister oder Ministerpräsident eines Landes ist. Sigmar Gabriel erhält mehr als 7000 Euro pro Monat.

**Grüne:** Claudia Roth übt ihr Amt als Parteivorsitzende ehrenamtlich aus, Cem Özdemir bekommt gut 7600 Euro von der Partei – weil er nicht im Bundestag ist.

**FDP:** Der Parteivorsitzende der Liberalen, derzeit Guido Westerwelle, übt dieses Amt grundsätzlich unentgeltlich aus.

**CDU/CSU:** Auch bei der CDU ist der Parteivorsitz ein Ehrenamt. Angela Merkel bekommt dafür kein Extragelalt. Dieselbe Regelung gilt für CSU-Chef Horst Seehofer.

# Ein Platz für gezähmte Tiere

Ist im Circus Krone eine artgerechte Haltung garantiert? – Das Familienunternehmen wehrt sich gegen Aktivisten

Von Stefanie Kurtz

Europas größter Zirkus hat genug. Der Circus Krone wehrt sich jetzt in aller Öffentlichkeit gegen die „Kreuzzüge“ von Tierrechtlern. Immer militanter gingen Aktivisten gegen Betreiber von Zirkussen vor, um diese vor allem da zu treffen, wo es ihnen am meisten schadet: beim Geld. Bereits vor dem Eintreffen in einer neuen Stadt würden Anhänger verschiedener Organisationen Flugblätter verteilen, damit der Zirkus nicht besucht werde.

Pressesprecher Frank Keller empört sich: „Der Höhepunkt war vor Kurzem in Aurich.“ Aktivisten hatten ein Plakat genommen und in das Motiv ihren eigenen Text gedruckt. Auch bei ihrem Auftritt im April in Heilbronn wandten sich Tierschützer in einem Brief an Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach. Kein Zirkus mit Tieren mehr in der Käthchenstadt lautete die Forderung.

„Das hat nichts mehr mit Tierschutz zu tun“, sagt Keller. Bislang hätten die Aktionen noch keine Spu-



Sieht so Tierliebe aus? Aktivisten machen mit Flugblättern, Plakaten und Kampagnen mobil gegen den Circus Krone.

Foto: Archiv/Andreas Veigel

ren in den Kassen hinterlassen. Damit das so bleibt, will das Familienunternehmen aufklären.

Tiere aus Gehegen freizulassen, ist eine weitere Maßnahme von Tierrechtlern. Solche Aktionen habe es im Münchner Zirkus aber noch

nicht gegeben. „Wir kümmern uns gut um unsere Tiere.“

Der Circus Krone bezeichnet sich als moderne Arche Noah und tourt derzeit mit rund 150 Tieren durch den Norden der Republik. In den vergangenen beiden Jahren hatte die

## ■ Hintergrund

### Fahrendes Gewerbe

In Europa existieren nach Schätzungen des EU-Parlaments zwischen 600 und 1000 Zirkusse. Frankreich, Deutschland und Italien sind dabei die Mitgliedsländer, in denen es mit Abstand die meisten Betriebe gibt. Deutschland hat rund 400 Zirkusunternehmen. Bei fast allen handelt es sich um Wanderzirkusse ohne festes Stammquartier. Neben den großen Betreibern prägen vor allem kleinere Unternehmen, die oft nur die eigene Großfamilie als Personal haben, die Zirkuslandschaft. Jährlich gastieren im Heilbronner Landkreis fünf bis sechs, in der Stadt Heilbronn etwa drei und im Hohenlohekreis zwischen vier und fünf Zirkusse. sk

Organisation Peta vor allem die Unterbringung von Elefanten und Pferden scharf kritisiert.

Seitdem wird das Unternehmen mit Argusaugen beobachtet. „Alles Schnee von gestern“, kommentiert Keller. Die Elefanten würden wegen

des Futterneides nur zum Fressen angekettet, die Pferde seien in großen Einzelboxen im mobilen Pferde-stall untergebracht. „Wir waren in 26 Städten im vergangenen Jahr, alleine in Berlin wurden wir elf Mal kontrolliert. Das sind jedes Mal rund drei bis vier Stunden, in denen alles genau inspiert wird“, sagt Keller. Auch die kleinen Betriebe sollten stärker unter Aufsicht gestellt werden, das fordert nicht nur der Zirkus, der eine gesetzliche Verankerung für notwendig erachtet. So könne man schwarze Schafe besser auffindig machen, und radikale Angriffe würden weniger werden.

**Politik gefordert** In Deutschland fehlt eine Verordnung, welche die Haltung und Unterbringung von Tieren in Zirkussen regelt, es gibt lediglich Leitlinien, erklärt der Deutsche Tierschutzbund. Zuständig für die Kontrolle der Betriebe sind die Veterinärämter. Diesen fehle es an Sanktionsmöglichkeiten. „Wo soll man denn mit einem Elefanten hin, wenn Probleme aufkommen?“ sagt

James Brückner, Fachreferent für Arten- und Naturschutz beim Deutschen Tierschutzbund. Zudem werden viele Verstöße nicht mehr weiterverfolgt, da der Zirkus nach wenigen Tagen die Stadt verlasse.

**Penibel** Das Heilbronner Veterinäramt ist bei seinen Besuchen penibel. „Wenn etwas nicht in Ordnung war, kommen wir eben nochmal“, betont Walter Lehmann, Abteilungsleiter des Heilbronner Veterinärwesens. „Tierschutz ist gerade in den vergangenen Jahren ein immer brisantes Thema geworden.“

Ein Zirkusregister, in das alle Verstöße eingetragen werden sollen, ist im Aufbau. Baden-Württemberg hinkt hier hinterher. Hessen hat schon seit 2001 eine Datei. Der Tierschutzbund spricht sich für ein Wildtierverbot aus, wie es in Österreich, Bulgarien oder Dänemark der Fall ist. Elefanten oder Löwen würden darunter fallen. Der Tierschutzbund grenzt sich aber klar von fanatischen Aktionen wie Brandstiftung und Käfigöffnungen ab.